

Überraschender Auftritt in Eichenau

## Aiwanger sieht CSU in der Defensive

Landesvorsitzender der Freien Wähler wettet gegen Privatisierungen und überbordende Bürokratie

Von Manfred Amann

Eichenau ■ Der Landesvorsitzende der Freien Wähler hat bei einem überraschenden Auftritt in Eichenau Selbstbewusstsein demonstriert. „Die Freien Wähler werden nach den Wahlen am 28. September im Bayerischen Landtag vertreten sein“, sagte Hubert Aiwanger. Beim dritten Anlauf werde es klappen. „Ich sehe uns bei über fünf Prozent der Wählerstimmen sogar näher bei zehn.“

Der Niederbayer stärkte in der Friesenhalle den Stimmkreiskandidaten für den Landtag, Bernhard Nickel und Michael Leonbacher, sowie für den Bezirkstag, Michael Schanderl und Hans Friedl, den Rücken. Mit der Kernbotschaft „Weg von der Einparteieregierung hin zu einem Bürgerstaat“ finde er überall im Land großen Zuspruch, sagte Aiwanger bei einem Pressegespräch. Viele Leute seien der Meinung, dass es an der Zeit sei, „alte, festgefahrene Strukturen“ aufzubrechen und neuen Schwung ins Land zu bringen.



Die Freien Wähler wollen im dritten Anlauf ins Maximilianeum: (von links) Kreischef Michael Leonbacher, Wolfgang Krombholz, Landeschef Hubert Aiwanger und Hans Friedl. Foto: Scheider

Dass in jüngster Zeit ein Versprechen der Staatsregierung das andere jage, – mehr Lehrer, mehr Krippenplätze und ähnliches – zeige, dass die CSU-Führungslinie nervös sei. Was die Christsozialen

anbelange herrsche zwei Wochen vor den Wahlen eine derart „desaströse Stimmung“, dass das Spitzenduo Beckstein und Huber froh sein müsse, über 45 Prozent zu kommen. „Die Menschen haben

die Nase voll“, sagte der Vorsitzende. Ziel der FW sei es vorrangig, den Ausverkauf des Landes zu stoppen, den Kommunen wieder zu mehr Entscheidungsspielraum zu verhelfen, indem die Bürokratie heruntergefahren werde, und die Daseinsvorsorge für alle Bürger zu verbessern. Die Politik der FW richte sich gegen die Privatisierung von Landesbank, von Krankenhäusern oder Energieversorgern. Wenn sich der Staat von überall zurückziehe, brauche sich niemand zu wundern, wenn nachher von einigen Monopolisten die Preise diktiert würden, sagte Aiwanger.

Der FDP traute der Freie Wähler nicht zu, in den Landtag zu kommen, die Grünen glaubt er, seien „am Zenit“ angelangt und die Sozialdemokraten „werden wohl da bleiben, wo sie sind“. Insgesamt könnten FW, Grüne und SPD zusammen so viele Stimmen bekommen wie die CSU. Für eine Koalition halten sich die Freien Wähler alles offen. „Eines sollte aber klar sein“, verspricht Aiwanger – „wir werden sicher kein bequemer Partner sein“.

## Entwicklung vom Patienten zum Kunden

Der Arzt und FW-Listenkandidat Wolfgang Krombholz kritisiert die „Amerikanisierung“ im Gesundheitswesen

Eichenau ■ Wolfgang Krombholz hat in der Eichenauer Friesenhalle vor Managementgesellschaften im Gesundheitswesen gewarnt. Der Hausarzt aus Isen und Listenkandidat der Freien Wähler bei der Landtagswahl forderte seine Zuhörer auf, sich gegen eine gezielte „Amerikanisierung“, wie er es nannte, in der Medizin zu wehren.

Krombholz, Stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Hausärzterverbands und Vorstandsmitglied der Landesärztekammer, sagte, die Altersstruktur bei den Hausärzten ähnele der der Gesellschaft. Viele gingen Jahr für Jahr in Ruhestand, und Nachwuchs sei nicht in Sicht.

Dieser Entwicklung, so seine These, werde von den Krankenkassen und der Politik nachgeholfen, nicht nur durch eine unzureichende Honorargestaltung, sondern durch eine „Amerikanisierung“ des Gesundheitswesens. Ziel sei, den Patienten als „Kunden“ von „Case Managern“ oder „Chronicle Case Managern“ betreuen zu lassen und eine Medizin zu installieren, die „der Börsenkurs hergibt“.

In seinen Ausführungen konzentrierte sich der Redner auf das Krankenversicherungswettbewerbsstärkungsgesetz von 2007. Dieses erlaube den Krankenkassen, mit den Beiträgen der Versicherten über private Ma-

nagementgesellschaften Geschäfte zu machen. Als Beispiel nannte Krombholz die Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK), die ungefragt über Callcenter bei den Versicherten anrufe und ihnen Tipps zu ihren Krankheiten am Hausarzt vorbei gebe. Die Patienten würden zu medizinischen Versorgungszentren geschickt, die wiederum von Managementgesellschaften gekauft werden könnten. Oder man biete ihnen eine elektronische Betreuung, beispielsweise bei Herzinsuffizienz, für 800 Euro im Jahr an. „Eine Praxis bekommt 60 Euro.“

„Die Kassenpraxen werden ausgetrocknet“, sagte Krombholz und warnte vor einer

Medizin, bei der nicht Wirtschaftlichkeit, sondern eine Rendite von zwölf Prozent, im Mittelpunkt stehe. Das Praxensterben werde genutzt, um einen Strukturwandel herbeizuführen. Der Patient werde zum Kunden, dessen Daten einen Preis am Markt erhielten; schließlich würden diese nicht zuletzt dazu dienen, die Versicherten in Risikogruppen einzuteilen. Das Gemeinwesen werde auf den als Problem qualifizierten Patienten, die keinen Gewinn abwerfen, sitzenbleiben.

Krombholz betonte, die CSU mit Christa Stewens als zuständige Ministerin habe im Bundesrat entsprechende Gesetze nicht verhindert. Ursula Sautmann

# Fürstentfeldbrucker Tagblatt

Lokalteil

18.09.08



Schworen sich auf die Wahl ein (v.l.): Michael Leonbacher, Wolfgang Krombholz, Hubert Aiwanger, Hans Friedl und Michael Schandler.

FOTO: VOXBRUNNER

## FW-Landesvorsitzender mahnt zu Bürgerstaat

**Eichenau** – „Wir wollen weg vom Einparteienstaat und hin zum Bürgerstaat“, forderte der Landesvorsitzende der Freien Wähler (FW), Hubert Aiwanger. Rund 70 Besucher kamen zu der Veranstaltung der Eichenauer Freien Wähler in die Friesenhalle. Aus zahlreichen Gesprächen wisse er, dass sich die Bürger von der CSU nicht mehr ernst genommen fühlen würden. Die Freien Wähler hingegen, genießen das Vertrauen vieler Bürger.

Als Schwerpunkt des Wahlprogramms nannte Aiwanger unter anderem, dass der Mittelstand wieder mehr in das Zentrum der Wirtschaftspolitik gestellt werden müsse. Insbesondere bei den Energiepreisen seien die Monopolstrukturen der Energie-

wirtschaft schädlich für die Bürger.

Besonderen Wert legte er auch auf die Bildungspolitik. Über viele Jahre sei der Bedarf an Ganztagschulen wediskutiert worden. Die Freien Wähler hingegen, wollen diese ausbauen, betonte Aiwanger. Darüber hinaus fordert er die Abschaffung der Studiengebühren für das Erststudium.

Auch in der Förderung der Kommunen und ihrer Aufgaben bräuchte es Änderungen. Städte und Gemeinden dürften nicht so sehr an bürokratisch aufwändigen Zuschusswesen kleben. Das gleiche Geld des Staates müsste den Kommunen in eigener Verantwortung zur Verfügung gestellt werden, betonte Aiwanger.

tb